

Sozio-ökonomische Berichterstattung - Arbeit und Lebensweisen Ein Forschungs- und Tagungsbericht

Peter Bartelheimer

Was kann Sozialberichterstattung zum Verständnis des Umbruchs beitragen, in dem sich die deutsche Gesellschaft befindet? Eine Antwort darauf versucht derzeit ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes sozialwissenschaftliches Verbundvorhaben. Eine vorläufige Fassung des ersten „Berichts zur sozio-ökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland - Arbeit und Lebensweisen“ wurde am 18. Februar 2004 im Max-Liebermann-Haus am Brandenburger Tor in Berlin auf einer Fachtagung vorgestellt. Die Buchfassung wird im VS Verlag für Sozialwissenschaften erscheinen.

Sozialberichterstattung ist nach einer klassisch gewordenen Definition „Dauerbeobachtung des sozialen Wandels“. „Ihr Ziel ist es, über gesellschaftliche Strukturen und Prozesse sowie über die Voraussetzungen und Konsequenzen gesellschaftspolitischer Maßnahmen regelmäßig, rechtzeitig, systematisch und autonom zu informieren.“ Sie soll die Wirtschaftsberichterstattung ergänzen und verändern: „ergänzen um die Analyse der einzelnen Lebens- und Politikbereiche, die unmittelbar für die Lebensbedingungen der Bürger relevant sind“, und „verändern durch eine Perspektive, in der Wachstumsraten und ökonomische Effizienz nicht mehr die dominierenden Ziele sind, sondern nurmehr neben anderen gesellschaftspolitischen Zielen stehen“ (Zapf 1978, S. 11 f.). Ändern sich viele ökonomische und soziale Gegebenheiten gleichzeitig, so muss sich Sozialberichterstattung neu über ihre Konzepte und Methoden verständigen. Eben dies will der Forschungsverbund aus vier sozialwissenschaftlichen Instituten¹, der auf der Berliner Fachtagung sein Konzept für eine sozio-ökonomische Erweiterung der Sozialberichterstattung zur Diskussion stellte.

Umbruch des Produktions- und Sozialmodells

Gesellschaftliche Entwicklung wird sowohl durch ökonomische Motive von Unternehmen wie von Bedürfnissen und Lebenszielen der Menschen vorangetrieben. Gesellschaftliche Arbeit (Eigenarbeit wie Erwerbsarbeit) vermittelt zwischen der Ökonomie und den Lebensweisen von Individuen und Haushalten. Das (west-)deutsche „fordistische“ Produktions- und Sozialmodell der Nachkriegsjahrzehnte bildete einen ebenso dynamischen wie robusten Zusammenhang zwischen industrieller Massenproduktion, geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in der Normalfamilie mit einem männlichen (Haupt-)verdiener, einem sozial geschützten Normalarbeitsverhältnis für Männer bei niedriger Frauenerwerbsquote und sozialer Nivellierung nach oben. Flankiert wurde dieses Modell von stabilen industriellen Beziehungen und einer starken Rolle von Staat und Verbänden bei der Regulierung von Arbeit wie bei der Umverteilung von Markteinkommen. Der Umbruch dieser historischen Ausgangskonstellation begann in den 70er Jahren. Die Veränderungen von Arbeit und Lebensweisen lassen bis heute kein neues sozio-ökonomisches Entwicklungsmodell von ähnlicher ökonomischer und sozialer Dynamik erkennen. Diskontinuität in vielen gesellschaftlichen Bereichen und Störungen im Zusam-

¹ Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen (SOFI), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg (IAB), Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, München (ISF), Internationales Institut für empirische Sozialökonomie, Stadtbergen (INIFES)

menwirken der „Wohlfahrtsproduzenten“ Markt, Staat, private Haushalte und intermediäre Instanzen sind an der Tagesordnung.

Dient die historische Rekonstruktion des deutschen Produktions- und Sozialmodells dazu, das Ausmaß gesellschaftlicher Diskontinuität deutlich zu machen, sucht die sozio-ökonomische Berichterstattung in kritischer Orientierung an der Sozialagenda der Europäischen Union konsensfähige normative Orientierungspunkte für die Bewertung dieser Veränderungen. Während der neo-liberale Diskurs die einseitige Anpassung der Gesellschaft an die Gebote einer globalisierten Ökonomie fordert und bestimmte wirtschaftswissenschaftliche Theoreme als quasi naturgesetzlich dem gesellschaftlichen Streit zu entrücken sucht, anerkennt die von der Europäischen Union beschlossene „Lissabon-Strategie“ der „Modernisierung und Verbesserung des Europäischen Sozialmodells“ immerhin, dass ökonomische Dynamik gesellschaftlich eingebettet sein muss. Wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherung und arbeitspolitische Regulierungen müssen einander nicht behindern, sondern können positive Wechselwirkungen eingehen. Somit könnten gerade die entwickelten europäischen Sozialstaaten dazu beitragen, die Europäische Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“ (Rat der Europäischen Union 2001). Die erklärten Ziele der Sozialagenda, wie die Erhöhung der Erwerbsquoten und Arbeitsmarkteteiligung benachteiligter Gruppen, die Sicherung des sozialen Zusammenhalts durch ein hohes Niveau des Sozialschutzes, die Vermeidung sozialer Ausgrenzung und Armut und die verbesserte Partizipation an Bildung und Wissen, sind zwar nicht unkritisch für bare politische Münze zu nehmen; sie stehen jedoch für ein Sozialmodell, das ökonomische Leistung an soziale Ziele rückbindet.

„Genre besonderer Art“

Dem riskanten Vorhaben einer sozio-ökonomischen Berichterstattung, die auf gesellschaftliches „Zusammenhangswissen“ zielt, entsprach ein risikofreudiges Pro-

gramm für die Berliner Fachtagung. Den etwa 90 geladenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Wissenschaft, Verwaltung, Verbänden und Politik war ein Vorausexemplar des Berichts zugegangen. Fünf Kurzpräsentationen der am Projekt beteiligten sozialwissenschaftlichen Institute wurden im Lauf der Tagung von Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats² und externen Referentinnen und Referenten kommentiert - ein Verfahren, das zum Widerspruch und zur Kontroverse einlud.

Reinhard Junker, Abteilungsleiter im BMBF, stellte das Projekt in den Zusammenhang einer Forschungspolitik des Bundes, die „bessere Daten für eine bessere Politik“ schaffen soll. Mit der Einrichtung von Forschungsdatenzentren beim Statistischen Bundesamt und anderen großen Datenhaltern, der Förderung von Scientific Use Files amtlicher Erhebungen und der Gründung eines Rats für Wirtschafts- und Sozialdaten verbessert das Referat „Wissenschaft und Gesellschaft“ des BMBF die Datenbasis für die Gesellschaftswissenschaften. Doch bedürfen „wohlgeordnete Datensammlungen immer auch der Deutung“. Daher bildet die Berichterstattung über sozio-ökonomische Entwicklungen in Deutschland neben der Erschließung von Mikrodaten für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften einen zweiten Forschungsschwerpunkt. „Es ist eine integrierte Wissensbasis erforderlich, um der Komplexität angemessene Handlungsoptionen und Lösungswege in Richtung einer sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung erarbeiten zu können.“

Martin Baethge (SOFI) führte als Sprecher des Instituteverbands in das Konzept der sozio-ökonomischen Berichterstattung ein und erläuterte den Aufbau des vorliegenden ersten Berichts. Das Verbundvorhaben soll andere Berichtssysteme nicht ersetzen, sondern - wie Franz Xaver Kaufmann das Projektziel formuliert hatte - „fragmentiertes Wissen zusammen fügen“. Der vor-

2 Dem wissenschaftlichen Beirat, der die Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung seit August 2000 begleitete, gehörten Prof. Dr. Jutta Allmendinger (bis Ende 2002), Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Prof. Dr. Franz Xaver Kaufmann, Prof. Dr. Jürgen Kocka, Prof. Dr. Ursula Rabe-Kleberg und Prof. Dr. Manfred G. Schmidt an.

liegende Bericht geht von der redaktionellen Maxime aus, dass gerade in einer gesellschaftlichen Umbruchssituation Daten nicht für sich sprechen. Welche Daten man erhebt, hat erheblichen Einfluss auf die Situationsdeutung, und wie Kennzahlen bewertet werden sollen, ist oft strittig. Daher sollen Daten nicht nur präsentiert, sondern auch gedeutet werden, und dies in einer Form, die für eine interessierte Öffentlichkeit verständlich ist. Die schwierige Balance zwischen Daten und Deutung erklärt auch den Aufbau des Berichts (vgl. S. 147). In der ersten Abteilung geht es um Konzepte und Befunde, die eine Gesamtsicht der sozio-ökonomischen Entwicklung ermöglichen. Hier werden auch Querschnittsthemen - die demografische Entwicklung, die Veränderung der Geschlechterbeziehungen sowie die „doppelte“ Umbruchssituation Ostdeutschlands - behandelt. In der zweiten Abteilung des Berichts deutet jedes der fünf „Themenfelder“ - Teilhabe, Gefährdung und Ausgrenzung, Flexibilisierung und Subjektivierung der Arbeit, Informelle Tätigkeiten und Lebensweisen, Bildung und soziale Strukturierung sowie Informatisierung - die gesellschaftliche Umbruchssituation aus einer eigenen theoretischen Perspektive und leitet hieraus Datenanforderungen ab. Die dritte Abteilung soll dagegen klar begrenzte gesellschaftliche „Berichtsgegenstände“, zu denen Informationslücken bestehen, durch neue Datenzüge oder Beobachtungskonzepte besser für die empirische Beobachtung erschließen. Die Präsentation von Daten steht hier im Vordergrund.

Jürgen Kocka versuchte für den wissenschaftlichen Beirat eine kritische Würdigung des „Genres besonderer Art“, das aus diesem Versuch einer theoriegeleiteten und problemorientierten Sozialberichterstattung entstanden sei. „Mehr theoretische Konzepte bedeuten auch mehr bestreitbare Positionen und eine entschiedenerer Themenauswahl.“ Manche Basisinformation sucht man im Bericht vergeblich, die Daten erhält man nur in aufbereiteter Form.³ Der Versuch, mit der Hypothese des gesellschaftlichen Umbruchs einen historisch vergleichenden Zugriff zu gewinnen, ist nicht für alle Teile des

Berichts gleich produktiv. Der Bericht bietet nur wenige Daten für den Vergleichszeitraum der 50er bis 70er Jahre, und nicht alle stützen die These, dass die 70er Jahre für die sozio-ökonomische Entwicklung einen Wendepunkt bilden. Der Bericht sieht die Gefahr eher in einem Kapitalismus, der sich sozialer Einbindung entzieht, als in einer nachlassenden Dynamik wirtschaftlicher Entwicklung.

Volker Hauff, Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, widersprach dem skeptischen Urteil des Verbunds, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung lasse sich schwer auf soziale Sachverhalte übertragen. Auch wenn die Operationalisierung enorm schwierig ist, liefert die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes eher als die EU-Sozialagenda „einen roten Faden für die Politik“ und Bezugspunkte für eine handlungsorientierte Berichterstattung. „Hierzu gibt es immerhin einen Kabinettsausschuss.“ Mit quantifizierbaren Indikatoren könnten die Verbundinstitute einen eigenständigen Beitrag zur Nachhaltigkeitsstrategie leisten.

Arbeit, Zeit, Internet und Lebensweise

Erwerbsarbeit ist „nicht mehr normal, immer noch zentral“ - so lassen sich die Befunde des Berichts zu Veränderungen der deutschen Arbeitsgesellschaft resümieren, in die Lutz Bellmann (IAB) einführte. Der Umfang der arbeitsmarktorientierten Bevölkerung hat in Westdeutschland langfristig zugenommen, in Ostdeutschland nach dem Systemwechsel leicht abgenommen. Doch bei abnehmender Ausschöpfung dieses insgesamt gewachsenen Erwerbspersonenpotenzials und zunehmend riskanter Verteilung von Erwerbchancen entsteht eine breite Zone teilweiser Arbeitsmarktintegration mit einer Vielzahl von Erwerbsformen, Erwerbsverläufen und Erwerbskonstellationen des Haushalts, die nicht den Normalitätsannahmen des alten westdeutschen Produktions- und Sozialmodells entsprechen. Zugleich gilt die alte Normalität für eine abnehmende, überwiegend männliche, Mehrheit der Beschäftigten weiter, so dass kein neues, allgemein gültiges Zusammenspiel von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gelingt. Die beschäftigungs-

3 Die Buchfassung des Berichts soll eine Daten-CD mit z.Tl. umfangreichen Tabellenanhängen zu den einzelnen Kapiteln enthalten.

orientierte soziale Sicherung spaltet sich in eine Zone der Sozialversicherung und eine Zone der Arbeitsfürsorge auf. Auch die Bedingungen der betrieblichen Organisation und Nutzung von Arbeitskraft ändern sich. Eine wachsende Gruppe von Beschäftigten zahlt für Spielräume selbst organisierten Arbeitens mit einer „Entgrenzung“ arbeitsgebundener und freier Zeit und erhöhten Anforderungen an die subjektive Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Eine nach wie vor große Gruppe von Beschäftigten muss ähnliche Anforderungen größerer Flexibilität bei wenig herausfordernder Arbeitsorganisation und ohne Gestaltungsspielräume in der Arbeit bewältigen.

Manfred G. Schmidt (wissenschaftlicher Beirat) stellte die absolute Zunahme und gleichzeitige relative Abnahme von Beschäftigung im Normalarbeitsverhältnis als eine Besonderheit des deutschen „mittleren Wegs“ heraus. Eine Erweiterung der sozio-ökonomischen Berichterstattung zum internationalen Vergleich ist dringend geboten. Peter Haase (Geschäftsführer der Volkswagen Coaching GmbH) sah in seinem Kommentar die Betriebe gefordert, auf die gesellschaftliche Aufwertung von Subjektivität zu reagieren. Vernünftige und flexible Regelungen zur Entstandardisierung der Arbeitszeit sollen sich am „workholder value“ orientieren und „einen Schwankungsbereich gestalten, der noch keine Ängste auslöst“.

„Entgrenzte Zeiten, entgrenzte Räume für Arbeit und Leben“ - unter diese Überschrift stellte Nick Kratzer (ISF) seinen Überblick über die Kapitel des Berichts zu Arbeitszeitstrukturen und zur Internetnutzung. Das alte Muster zeitlich und räumlich getrennter Arbeits- und Lebensbereiche löst sich auf. Dabei gibt es nicht mehr „die“ Arbeitszeit, die man je nach politischer Couleur verlängern oder verkürzen könnte. Während die Beschäftigung mit „normgeprägten“ Arbeitszeiten zwischen 30 und 40 Stunden abnimmt, wächst auf der einen Seite der „unerwünschte Zeitwohlstand“ solcher - vor allem weiblicher - Beschäftigter mit Arbeitszeiten unter 30 Wochenstunden, die gern länger arbeiten würden, und auf der anderen Seite die „ambivalente Zeitsouverä-

nität“ von vorwiegend höher qualifizierten Beschäftigten, deren tatsächliche Arbeitszeit weit über der vertraglich geregelten liegt. Zugleich bringt der „soziale Handlungsraum“ des Internets, das sowohl beruflich als auch privat genutzt werden kann, neue Verschränkungen von Arbeit und Leben hervor. So wächst Telearbeit vor allem in der zusätzlichen Variante, bei der nicht dauerhaft oder zu festgelegten Zeiten, sondern flexibel und nicht ausschließlich zu Hause gearbeitet wird.

Ursula Rabe-Kleberg (wissenschaftlicher Beirat) sah in den Zeitbudgets, die der Bericht auswertet, nur eine erste Annäherung an Zeitmuster. Es ist zu fragen, was in der - in Stunden gemessenen - Zeit passiert. Denn der Umbruch des alten Produktions- und Sozialmodells betrifft gerade dessen soziale Konstruktion einer um alle anderen Anteile bereinigten Arbeitszeit. Für Christine Pries (Wissenschaftsredakteurin der „Frankfurter Rundschau“), sind Zeiten und Räume alltagsnahe Kategorien der Berichterstattung, zu denen man gern noch mehr wüsste: Warum sind Beschäftigte mit einer tatsächlichen Arbeitszeit zwischen 30 und 40 Stunden zufriedener als andere? Um welche Beschäftigte und welche Art der Arbeit handelt es sich?

Tatjana Fuchs (INIFES) führte in die für den Bericht zentrale Kategorie der Lebensweise ein. Gesellschaftliche Individuen entwickeln eigensinnige Bedürfnisse und Lebensziele. Die Ökonomie kann für ihre Realisierung Ressourcen bereit stellen oder verweigern. Umgekehrt können Veränderungen der Lebensweisen Anpassungen des ökonomischen Systems auslösen. Da verschiedene soziale Gruppen über unterschiedliche Ressourcen und Spielräume für die Realisierung ihrer Lebensweisen verfügen, werden diese nicht nur bunter und vielfältiger, sondern auch ungleicher. Soziale Gefährdung schlägt in Ausgrenzung um, wenn Personen oder Gruppen dauerhaft von der Teilhabe an einer gesellschaftlich üblichen Lebensweise ausgeschlossen sind, die sie anstreben. Handlungsspielräume für die Veränderung von Lebensweisen und deren Grenzen bilden ein zentrales Thema des Berichts. So betreten junge Frauen den Arbeitsmarkt mit besseren Qualifikationen als junge

Männer, müssen sich aber schärfer als diese zwischen einer ihrer Qualifikation angemessenen Teilhabe am Arbeitsmarkt und ihrem Kinderwunsch entscheiden. Familien mit Kindern erreichen nur dann durchschnittliche Nettoeinkommenspositionen, wenn beide Elternteile vollzeitnah oder in einer Kombination von Vollzeit und „großer“ Teilzeit arbeiten. Und bei partnerschaftlicher Teilhabe am Erwerbsleben wird die Versorgungsarbeit im Haushalt zwischen den Geschlechtern am egalitärsten geteilt. Jedoch ist die Erwerbskonstellation, bei der beide Eltern mindestens vollzeitnah beschäftigt sind, heute in Westdeutschland seltener als in den 80er Jahren. In Ostdeutschland ist dieses Arrangement immer noch die verbreitetste Form der Elternschaft, jedoch stark rückläufig. Bedingung für diese partnerschaftliche Erwerbsbeteiligung ist eine Kombination von institutionellen und informellen Leistungen der Kinderbetreuung.

Für Friedhelm Hengsbach (wissenschaftlicher Beirat) ist Lebensweise „eine Funktion politischer Entscheidungen, die geprägt sind vom Machtverlust der kollektiven Akteure des Arbeitsschutzes“, und „eine Funktion fremdbestimmter, erwerbsarbeitsgebundener Zeit im Überlebenskampf“. Dem widersprach Andrea Fischer (Bundesministerin a.D.): Die „starke These“ des Berichts vom „Eigensinn der Lebensweise“ verlangt „von der Politik eine Entscheidung über das Ausmaß ihres Gestaltungsanspruchs“. In den Begriffen des Versorgungs- und Handlungsspielraums sieht sie eine Alternative zum gegenwärtigen „Aktivierungsdiskurs“ in der Sozialpolitik: „Sie fragen, wie wir Individuen unterstützen können, die fähig sind, ihre Spielräume aktiv zu nutzen.“ „Sehr zu bedenken“ ist die „sekundäre“ Form der Erwerbsbeteiligung, die der Bericht vor allem, aber nicht nur in Ostdeutschland ausmacht: „Instrumente der Arbeitsförderung werden auf Menschen angewendet, die am Arbeitsmarkt keine Perspektive haben. Jetzt wäre die Zeit reif für eine Grundeinkommensdiskussion.“

„Nicht das Rad neu erfinden, neue Reifen aufziehen“

Peter Bartelheimer (SOFI) ging abschließend auf die methodischen Konsequenzen ein, welche die Umbruchhypothese für die Sozialberichterstattung hat. „Lebensqualität“, lange der Leitbegriff der Sozialberichterstattung, war „das Synonym für den Gebrauch all jener Errungenschaften, die uns eine funktionierende Wirtschaft bereithält für ein menschenwürdiges Leben in der Industriegesellschaft“ (Reinhold 1997: 400). Die Unsicherheit über den Ertrag der wirtschaftlichen Entwicklung für die Menschen ist eher noch bohrender geworden. Aber inzwischen ist auch nicht mehr sicher, ob die Wirtschaft funktioniert und ob wir überhaupt noch in einer Industriegesellschaft leben. Bei der Beobachtung des sozio-ökonomischen Umbruchs kann sich Berichterstattung daher nicht auf „Outcomes“ oder „Güterverwendung“ - also Ergebnisse wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung für die Wohlfahrt der Individuen - beschränken. Sie muss sich mit der „Entstehungsseite“ von Lebensstandard, Wohlfahrt und Teilhabe beschäftigen und die Beiträge verschiedener „Wohlfahrtsproduzenten“, also die „Inputs“ von Ökonomie und Markt wie des Sozialstaats und des Institutionensystems einbeziehen. Verschiedene Analyseebenen, vom Individuum bis zu den ost- und westdeutschen Teilgesellschaften, sind mit einander zu verknüpfen, wobei komplexere Beobachtungseinheiten wie der Haushalt, der Lebensverlauf und der Betrieb an Bedeutung gewinnen. Daten- und Methodenpluralismus sind eine Folge des erweiterten Berichtsansatzes: So wertet der vorliegende Bericht zehn verschiedene Mikrodatensätze sekundäranalytisch aus, vom Sozio-ökonomischen Panel des DIW über den Mikrozensus bis zur Beschäftigten-Leistungsempfänger-Historik des IAB. Und in der weiteren Berichterstattung wird daran zu arbeiten sein, wie sich Verlaufsdaten-, multivariate und deskriptiv-statistische Analysen mit der Beobachtung politischer Regulation, Wirkungen sozialstaatlicher Leistungen und qualitativen Forschungsergebnisse noch besser integrieren lassen. An den Indikatorenvorschlägen des Berichts zur Erwerbsbeteiligung, zum Migrationshinter-

grund und zur Internetnutzung zeigt sich beispielhaft, wie gesellschaftliche Veränderungen etablierte Kennzahlen entwerfen, neue Beobachtungskonzepte erforderlich machen und zu neuen Anforderungen an die Dateninfrastruktur führen.

Franz Xaver Kaufmann unterstrich für den wissenschaftlichen Beirat das Anliegen des Projekts, durch Sozialberichterstattung „eine bessere Datenstruktur und eine bessere Dateninterpretation im Horizont bestimmter Deutungen“ zu schaffen. Er fragte, ob an die Stelle des „Fordismus“-Konzepts, das für diesen ersten Bericht „von heuristischem Wert“ gewesen sei, für die weitere Berichterstattung eine andere Heuristik treten könne. „Im Wandel des Modells wächst die Spannung zwischen Markt und Staat, zwischen Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit. Die normative Orientierung der Berichterstattung ist komplexer und konfliktreicher zu gestalten.“

Wolfgang Zapf sah im Vergleich zwischen dem vorliegenden Bericht und neueren Arbeiten der Sozialberichterstattung, etwa zur Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland (Zapf, Habich 1996), Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Die Beschränkung der Sozialberichterstattung auf „Outcomes“ ist kein Dogma und nicht im Konzept der Lebensqualität angelegt. „Aber Outcomes sind nach wie vor der Witz der Sozialberichterstattung.“ Er bekannte sich zu anfänglicher Skepsis gegenüber dem neuen Berichtsansatz: „Als ich den Prospekt sah, dachte ich: Die wollen das Rad neu erfinden.“ Tatsächlich aber zeige der nun im Entwurf vorliegende erste

Bericht: „Sie haben nicht das Rad neu erfunden, sondern eine neue Winterbereifung aufgezogen.“

Die Arbeit der Anwendung

Ob es über die Buchveröffentlichung dieses ersten Berichts hinaus eine regelmäßige sozio-ökonomische Berichterstattung geben wird, entscheidet sich wesentlich über die nun nötige „Arbeit der Anwendung“: Berichtssysteme setzen Anwender voraus - also eine politische Öffentlichkeit, die sich für Deutungen der gesellschaftlichen Situation interessiert, Träger und Auftraggeber spezialisierter Berichtssysteme, die ein auf Daten oder Berichtsgegenstände bezogenes Kooperationsinteresse haben, und Datenhalter der amtlichen und wissenschaftlichen Statistik, die ihre Datenbestände besser genutzt und für wissenschaftliche Analysen erschlossen sehen wollen. Auch wenn der hier vorgestellte Berichtsansatz keine Prognosefähigkeit und keine kausale Erklärungskraft beansprucht, soll seine weitere Entwicklung im Ergebnistransfer und im Dialog mit anderen Berichtssystemen und Datenhaltern erörtert werden. Einige Schritte für die weitere Arbeit waren auf der Berliner Fachtagung unstrittig: Neben der Aufnahme neuer Berichtsgegenstände in die deutsche Berichterstattung und der noch intensiveren Nutzung der verfügbaren Mikrodatensätze zählt zum „Pflichtenheft“ für einen zweiten Bericht unstrittig der Versuch, wenigstens einen Kernbereich EU-weit vergleichbarer Daten und Indikatoren zu definieren, um das Nebeneinander verschiedener Produktions- und Sozialmodelle in einer erweiterten europäischen Union mikroanalytisch beobachten und beschreiben zu können.

Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland - Arbeit und Lebensweisen

Gliederung des ersten Berichts

- I. Konzept
- I.1. Sozio-ökonomische Entwicklung in Deutschland - Konzept für einen neuen Berichtsansatz
- I.2. Querschnittsthemen: Demographie, Gender, Ostdeutschland
- I.3. Sozio-ökonomische Berichterstattung - Reichweite, Methoden, Aufbau
- I.4. Ergebnisse im Überblick
- II. Deutung: Themenfelder
- II.1. Teilhabe, Gefährdung, Ausgrenzung
- II.2. Flexibilisierung und Subjektivierung von Arbeit
- II.3. Informelle Arbeit und Lebensweisen
- II.4. Bildung und soziale Strukturierung
- II.5. Informatisierung
- III. Daten: Berichtsgegenstände
- III.1. Beschäftigungsverhältnisse
- III.2. Arbeitslosigkeit
- III.3. Erwerbsverläufe
- III.4. Reorganisation des Unternehmens
- III.5. Migration
- III.6. Zeitmuster
- III.7. Haushaltsproduktion
- III.8. Informelle Soziale Beziehungen
- III.10. Qualifikation und Arbeitsmarktdynamik
- III.11. Weiterbildung/lebenslanges Lernen und soziale Segmentation
- III.12. Digitale Spaltung
- IV. Indikatoren, Datenlücken, Empfehlungen
- V. Datenanhang (CD), Methodenbericht

Literatur

SOFI, IAB; INIFES, ISF (Hg.): Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung, Arbeit und Lebensweisen, Wiesbaden (im Erscheinen).

Reinhold, G. (Hg.) (1997): Soziologie-Lexikon (u. Mitarbeit von Siegfried Lamnek, S., Recker, H.), dritte Auflage, München.

Rat der Europäischen Union (2001): Europäische Sozialagenda (auf der Tagung des europäischen Rates in Nizza am 7., 8. und 9. Dezember 2000 angenommen), Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 30.05.2001, C 157, S. 4-12.

Zapf, W. (1978): Einleitung in das SPES-Indikatorensystem; in: ders. (Hg.): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik, Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung, Frankfurt am Main, New York, S. 11-27.

Zapf, W., Habich, R. (Hg.) (1996): Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin.